



Pressekonferenz
SPÖ - Bezirksorganisation Güssing
SPÖ - Bezirksgeschäftsstelle Güssing
Freitag, 5. Februar 2016
Beginn: 09:00 Uhr

Presseunterlage

Kommunale Kraftanstrengung notwendig! GVV und SPÖ für fairen Finanzausgleich!

Güssing, 4. Februar 2016 – Im aktuell gültigen Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ortet der GVV Burgenland und die SPÖ Burgenland immense Ungerechtigkeiten für Gemeinden im Burgenland. Es gibt ein starkes West-Ost Gefälle, bei der Verteilung der finanziellen Mittel, was bedeutet, dass nicht jeder Bürger in Österreich gleich viel wert ist. Daher müssen die Verhandlungen mit dem Finanzministerium das Ziel haben, die Verteilung der Ertragsanteile auf fairere Beine zu stellen, sodass auch burgenländische Gemeinden einen gerechten Anteil an den Steuereinnahmen bekommen. Außerdem muss es bessere Ausgleichsmaßnahmen für strukturschwache Gemeinden geben, eine Ausgaben- und Aufgabenreform sowie eine Modernisierung der Einheitsbewertung mit einer Reform der Grundsteuer. Unterstützung sollte dieses Vorhaben auch die burgenländische ÖVP und der Gemeindebund Burgenland, die aber bis jetzt nur durch Oppositionspolitik aufgefallen sind, und sich darin gefallen, die gute Arbeit im Burgenland schlecht zu reden.

Die Bezirksparteivorsitzende der SPÖ im Bezirk Güssing, Landesrätin Verena Dunst, streicht zu Beginn die gute Zusammenarbeit zwischen dem Land Burgenland und seinen Gemeinden hervor. Mit LH Niessl und LRin Eisenkopf, als zuständige Referentin an der Spitze, haben die Kommunen starke Unterstützung für ihre Probleme. Daher weist Dunst noch einmal auf das Schärfste die Anschuldigungen der ÖVP und des burgenländischen Gemeindebundes vom vergangenen Herbst zurück, wo behauptet wurde, dass es durch Zweckwidmung der Landesumlage zu höheren Investitionen in den Gemeinden kommen würde.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache:

- ✓ Die **Transferausgaben** der burgenländischen Gemeinden an das Land sind mit 13 Euro pro Kopf österreichweit nach Niederösterreich **am niedrigsten**.
- ✓ Die **Transfereinnahmen** der burgenländischen Gemeinden sind mit 227 Euro pro Kopf **deutlich höher** als beispielsweise in NÖ mit 169 Euro.
- ✓ Bei der **Gesamtumlagebelastung** (Landes-, Sozialhilfe- und Spitalsumlage) hat das Burgenland noch vor der Steiermark den **geringsten Wert**.
- ✓ Bei der **Krankenanstaltenfinanzierung** werden im Burgenland nur 10 Prozent auf die Gemeinden umgelegt, in NÖ hingegen 50 Prozent, in ÖÖ und Vorarlberg 40 Prozent.
- ✓ Unter den Ländern mit **Landesumlage** zahlen die burgenländischen Gemeinden mit 50 Euro die **geringste** pro Kopf, während sie z.B. in Salzburg 72 Euro ausmacht.

GVV- Präsident Erich Trummer ergänzt: „Kernforderung des GVV war und ist es, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in GANZ ÖSTERREICH gleich viel wert sein soll. Jetzt ist Finanzminister Schelling am Zug, diese Vorgaben auch umzusetzen, da mittlerweile auch die kommunalen Verbände in NÖ, der Steiermark und Kärnten diese Linie des GVV Burgenland verfolgen!“ Trummer weiter: „Die ÖVP konzentriert sich leider hauptsächlich darauf, den abgestuften Bevölkerungsschlüssel aufzuheben, um damit Wien allen anderen Gemeinden anzugleichen. Der GVV ist dafür, dass JEDER gleich viel wert ist, das muss dann aber auch für ALLE Kommunen, also auch jene in den westlichen Bundesländer, gelten!“

Hintergrund: Ein Einwohner einer Vorarlberger Gemeinden ist durchschnittlich 1012.- Euro „wert“, einer aus Salzburg sogar 1043.- Euro, während ein Einwohner aus dem Burgenland „nur“ 741.- Euro für die Hauptwohnsitzgemeinde einbringt (Basis 2014). Trummer, Krammer und Dunst sind sich hier einig, dass das ein unhaltbarer Zustand ist und sie fordern unisono den Finanzminister auf, dafür zu sorgen, dass es in Zukunft mehr Fairness und Gerechtigkeit beim Finanzausgleich gibt!

GVV-Präsident Erich Trummer und GVV Bezirksvorsitzender Bgm. Heinz-Peter Krammer stellen auch gleich das GVV-Modell vor: **In einem ersten Schritt müssen dabei alle Einwohner, egal, wo in Österreich sie ihren Hauptwohnsitz haben, gleich viel wert sein. In einem zweiten Schritt sollen Parameter gefunden werden, die für die Gemeinde mögliche zentralörtliche Aufgaben definieren, ihre Lage beurteilen sowie deren Wichtigkeit für die Region. So soll, nach Ansicht des GVV, ein moderner Finanzausgleich gestaltet werden.** Trummer: „Nur immer auf Wien losgehen, das im Übrigen Arbeitsplätze für zigtausende Burgenländerinnen und Burgenländer bereitstellt und Ausbildungsstätte für tausende burgenländische Studenten ist, ist keine schlaue Strategie. Das sollte auch die ÖVP sich merken!“

GVV-Bezirksvorsitzender Bgm. Heinz Peter Krammer, dessen Gemeinde Stegersbach in den vergangenen Jahrzehnten einen großartigen Strukturwandel zu einer Top-Tourismusgemeinde vollziehen konnte, erläutert, welche positiven Auswirkungen eine Reform der Grundsteuer hätte: „Wichtig und vor allem dringend ist für die burgenländischen Gemeinden eine Reform der Grundsteuer, da aufgrund der enorm veralteten Einheitswertberechnung aus den 1970er Jahren viel Geld verloren geht. Es muss ein einfaches und modernes System der Einheitswertbewertung kommen. Wir fordern auch hier eine unverzügliche Umsetzung seitens des Finanzministers!“

Abschließend ergänzt Dunst, die ständig im Gespräch mit zahlreichen Bürgermeistern des Landes ist: „Für mich ist die Erhaltung des ländlichen Raums oberste Prämisse. Daher muss es für strukturschwache Regionen, wie zB das Südburgenland, Ausgleichsmaßnahmen geben und bei der Verteilung der Ertragsanteile muss diese besondere Situation einer Region mehr Berücksichtigung finden! Dafür will ich mich auf den Ebenen, auch in der eigenen Bundespartei, einsetzen.“

Für Rückfragen:

PATRICK HAFNER
Bezirksgeschäftsführer
SPÖ-Bezirksorganisation Güssing
Hauptstraße 16 | 7540 Güssing
T: +43(0)3322 42 300 | F: +43(0)3322 42 300-4
M: +43(0)664 87 89 720 | E: patrick.hafner@spoe.at
W: www.guessing.spoe.at